

Rahmenvereinbarung

Zwischen dem

Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) e.V.,

- Landesgruppe Berlin –

- Landesgruppe Brandenburg –

- einerseits -

und der

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,

- Landesbezirksfachbereichsleitung -

- andererseits -

wird folgende Sozialpartnervereinbarung zur Förderung der betrieblichen Weiterbildung im Rahmen des Programms „weiter bilden“ des BMAS geschlossen:

Präambel

Die Vertragsparteien stimmen überein, dass das regelmäßige Aus- und Weiterbilden von Beschäftigten sinnvoll und notwendig ist. Die Frage der Qualifizierung und des regelmäßigen Aus- und Weiterbildens ist ein Schlüssel für die Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Betriebe, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten im Unternehmen. Die Sozialpartner bekennen sich mit dieser Vereinbarung zu diesen Zielen und zu ihrer Aufgabe, den Rahmen hierfür zu schaffen.

Geltungsbereich

Diese Sozialvereinbarung gilt

räumlich: für die Länder Berlin, Brandenburg.

fachlich: für alle Unternehmen des privaten Wach- und Sicherheitsgewerbes sowie für alle Betriebe und Einrichtungen, die Kontroll- und Ordnungsdienste betreiben, für alle Bewachungsobjekte und Dienststellen, welche im Rahmen der Sozialvereinbarung sich dazu entschließen aktiv zu werden.

Ansprüche der Beschäftigten

Alle Qualifizierungsmaßnahmen werden von den jeweiligen Unternehmen freiwillig und je nach ermitteltem Bedarf durchgeführt. Ein Anspruch auf Qualifizierung kann aus der vorliegenden Vereinbarung nicht abgeleitet werden.

Zielsetzung

Mit dieser Vereinbarung verfolgen die Sozialpartner, die folgenden grundlegenden Zielsetzungen:

- die Erarbeitung aussagefähiger Personal- und Organisationsanalysen
- die Ermittlung des betrieblichen Qualifizierungsbedarfs
- die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, deren Effektivität und Nachhaltigkeit
- die Begleitung und Beobachtung der Qualifizierungsmaßnahmen hinsichtlich ihres Erfolges
- Kooperationen in der Weiterbildung
- Stärkung der Qualität und des Erfahrungsaustausches
- Festigung der Prozesse des lebenslangen Lernens bei den Beschäftigten

Qualifizierungsmaßnahmen

Als Qualifizierungsmaßnahmen gelten:

- sämtliche Förderungen der fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen für die übertragenen Tätigkeiten (Erhaltungsqualifikation)
- Erwerb zusätzlicher Qualifikation (Fort- und Weiterbildung)
- Qualifizierung zur Arbeitsplatzsicherung (Qualifizierung für eine andere Tätigkeit)
- Einarbeitung nach längerer Abwesenheit (Wiedereinstiegsqualifizierung)

Als Qualifizierungsmaßnahmen gelten nicht arbeitsplatzbezogene Unterweisungen Einweisungen sowie Schulungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung für Beschäftigte mit besonderer Funktion.

Handlungsschwerpunkte

Die Sozialpartner beabsichtigen, auf Basis dieser Rahmenvereinbarung betriebsübergreifende sowie einzelbetriebliche Initiativen und Projekte in und mit Betrieben und Betriebsparteien in der Region durchzuführen. Regionale Projekte sollten den Vorrang vor unternehmensspezifischen Projekten erhalten.

Dazu werden die Sozialpartner oder von Ihnen Beauftragte Dritte entsprechende Förderanträge im Rahmen der Initiative „weiter bilden“ stellen und unterstützen. Gleichzeitig werden sie gemeinsam dafür werben, um Unternehmen und Betriebsparteien als Akteure und Partner zu gewinnen.

Die Gewinnung und Einbeziehung von Koordinatoren, Organisatoren und Mediatoren sind ausdrücklich erwünscht.

Projektinitiativen sollen in betrieblichen und betriebsübergreifenden Vorhaben folgende Schwerpunkte haben:

Die Sozialpartner stimmen darüber überein, dass die Qualifikationsbedarfe insbesondere von bisher an Weiterbildungsmaßnahmen unterrepräsentierten sowie bildungsfernen Beschäftigungsgruppen stärker in der betrieblichen Personalentwicklung Beachtung finden.

Des Weiteren unterstützen die Sozialpartner den Einsatz moderner Ansätze zur Personalentwicklung und Schaffung einer Bildungskultur in den Betrieben der Region, um Beschäftigte zu binden, die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern und damit den zukünftigen Fachkräftebedarf sichern zu können.

Die Sozialpartner haben sich darauf verständigt, dass sie Maßnahmen ergreifen werden, um Unternehmen und Beschäftigte für das Thema Qualifizierung zu sensibilisieren. Dafür werden sie ihre Mitgliedsorganisation und Mitglieder über die Möglichkeiten der Personalentwicklung informieren.

Abstimmung und Beratung

Die Sozialpartner vereinbaren die Einrichtung eines paritätisch besetzten Beirats, der den regelmäßigen Austausch und die Abstimmung zwischen den Partnern sicherstellt. Der Beirat besteht aus zwei Vertreter/innen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di und zwei Vertreter/innen des BDSW sowie weitere nicht stimmberechtigte Mitglieder (s. Anlagen).

Insbesondere ist es Aufgabe des Beirats,

- sich inhaltlich über die Herausforderungen der Branche auszutauschen und Themenfelder zu benennen,
- Projekte zu initiieren und zu begleiten, d.h. sie auszuwählen, Fördermittel zu beantragen, eventuell Dritte mit der Durchführung und Administration zu beauftragen, die inhaltliche Begleitung sowie Bewertung und Verbreitung der Ergebnisse zu unterstützen und
- sich mit den Trägern und Initiativen zu vernetzen.

Zur Realisierung des regelmäßigen Austausches und Erfüllung der Aufgaben, tagt der Beirat i. d. R. 2 x jährlich.

Schlussbestimmungen


Durch diese Vereinbarungen werden die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Sozialpartner weder eingeschränkt noch ausgeweitet.

In-Kraft-Treten und Kündigung

Diese Vereinbarung tritt am 01.05.2011 in Kraft. Sie kann mit sechsmonatiger Frist zum Jahresende, erstmals zum 31.12.2011 gekündigt werden.

Berlin, den 01.05.2011

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Landesbezirksfachbereichsleiter



Herr Jürgen Stahl


Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.

Landesgruppe Berlin



Herr Rainer Ehrhardt

Landesgruppe Brandenburg



Herr Matthias Schulze

1. Beirat gem. §

Die paritätische Besetzung des zu wählenden Beirates ist wie folgt umzusetzen:

- Je Berlin und Brandenburg 1 Vertreter Gewerkschaft ver.di
- Je Bundesland 1 Vertreter BDSW

Weitere nicht stimmberechtigte Mitglieder:

- 1 Vertreter der Projektorganisation (siehe Ziffer 2)
- Jeweils 1 Vertreter der in den Landesgruppen Berlin und Brandenburg organisierten Bildungsträgern (siehe Anlage, Stand 01.06.2011)

2. Organisation, Projektantragsteller

Die vertragsschließenden Seiten stimmen darin überein, mit der Organisation, Koordination und Antragstellung die

b.i.g. akademie gmbh mit Sitz in Halle/Saale
(Geschäftsführer Herr Matthias Winderle)

zu beauftragen.

3. Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen

Mit der Umsetzung von beantragten und genehmigten Qualifizierungsmaßnahmen sollen bewährte Trainer und QM-, AZWV- und BDSW-zertifizierte Bildungsunternehmen der jeweiligen Bundesländer beauftragt werden. Die Entscheidungen zur Beauftragung trifft der Beirat.

4. Besprechungen

Alle Projektbesprechungen und Beiratstreffen finden in Berlin statt.

Anlage zur vorliegenden Sozialpartnervereinigung ver.di – gemäß Landesbezirksfachbereichsleitung und den Landesverbänden des BDWS vom 01. 05. 2011

1. Bildungsinstitut Brückner
Landsberger Allee 467 B
12679 Berlin

2. FM Company Education Academy GmbH & Co. KG
Joachimstaler Straße 15
10719 Berlin

3. ISG International tätige Sicherheitsgesellschaft mbH
ISG-Bildungszentrum
Konrad-Wolf-Straße 45
13055 Berlin

4. RF Service Management & Sicherheit GmbH
Wernerwerkdamm 15, Haus 17
13629 Berlin